



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Dix, Arthur: Offene Tür oder Interessensphäre?

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Offene Tür oder Interessensphäre?

Von Arthur Dix-Berlin



In früheren Zeiten war man bei der Klassifizierung handels- und wirtschaftspolitischer Tendenzen der einzelnen Staaten und handels- und wirtschaftspolitischer Beziehungen zwischen den verschiedenen Staaten leicht fertig mit den Begriffen „Freihandel“ und „Schutz-zoll“. Heute meint man, daß es in Englands Hand liege, ob nicht etwa auf lange Zeit hinaus der Freihandel überhaupt aus der Praxis der Weltwirtschaftspolitik sich zurückziehen muß in die blutlosen Begriffe der reinen Theorie; und man ist geneigt, zu glauben, daß diese Entscheidung bei England auf des Messers Schneide stehe.

Recht betrachtet, ist der Freihandel ja überhaupt nur noch aufzufinden, wenn man ihn theoretisch lediglich als Gegensatz zum Schutzzoll auffaßt; in Wahrheit aber kann doch schließlich auch ein hochentwickeltes System von Finanzzöllen nicht mehr als reiner Freihandel aufgefaßt werden, der doch eigentlich das Fehlen jeder Zollschranke voraussetzt. Und wie steht es damit in England? — Wir rufen uns die einschlägigen Ziffern viel zu selten ins Bewußtsein, vergegenwärtigen uns viel zu selten, daß England in Wahrheit die höchsten Zolleinnahmen in Europa verzeichnet — höher als das durch so hohe Zollmauern umschlossene Rußland, höher als das klassisch schutzzöllnerische Frankreich, höher auch als Deutschland! Nach dem Gothaer Hofkalender 1909 belaufen sich die englischen Zolleinnahmen auf rund 700 Millionen, die deutschen auf 670, die französischen auf 380 Millionen. Das macht auf den Kopf der Bevölkerung berechnet in Frankreich etwa 9,1, in Deutschland 10,6, in England aber 15,5 Mark. Man sieht: auch ohne zum Schutzzoll überzugehen, ist England bereits mit seinem Finanzzoll ein Land, auf dessen Handelspolitik der Begriff des Freihandels doch nur in einer zwar durch die Gewohnheit geheiligten, darum aber doch nicht weniger einseitigen Auslegung anzuwenden ist.

Grenzboten II 1911

55

Heute spielen in der Weltwirtschaftspolitik andere handelspolitische Begriffe eine weit wesentlichere Rolle als die alte Gegenüberstellung von Schutzzoll und Freihandel. Heute operieren wir mit besonderer Vorliebe mit dem Begriff der „offenen Tür“. Irren wir nicht, so ist das Wort englischen Ursprungs. Aber sprach man früher von der „open door“, so ist gegenwärtig die offene Tür vor allem im Sprachschätze der deutschen Diplomatie zu finden. Das ist kein Zufall; denn tatsächlich ist England durchaus nicht mehr der Hüter der offenen Tür, als den es sich ehemals ausgegeben hat. Noch bevor in England selbst die letzten Entscheidungen darüber fallen, ob das Stammland zum Schutzzoll übergehen soll, hat England draußen auf dem Weltmarkte die Politik der offenen Tür verlassen und ist in steigendem Umfange übergegangen zu der Politik der Interessensphären, an deren Eingang die offene Tür für Wettbewerber zugeschlagen wird.

Der wirtschaftspolitische Begriff der Interessensphäre ist uns Deutschen durch England insbesondere klar gemacht worden bei seinem Streben, das Yangtsetal zu einer britischen Interessensphäre zu stempeln und dort den deutschen Wettbewerb auszuschalten. Wir haben uns dieser Tendenz mit Entschiedenheit und auch mit einem gewissen, durch Englands Bindung im Burenkriege begünstigten Erfolg widersetzt. In dem Yangtseabkommen zwischen Deutschland und England, das während des Burenkrieges getroffen wurde, siegte — zum mindesten auf dem Papier — die deutsche Politik der offenen Tür über die englische Politik der Interessensphären. Freilich hat England, nachdem es die Fesseln des Burenkrieges abgestreift hatte, nichts unversucht gelassen, in der Praxis doch seinem alten Streben wieder zum Siege zu verhelfen. Ihm sollte nicht zuletzt der Zug nach Tibet in das tiefste Hinterland des Yangtsetales dienen, der unter anderem bezweckte, daß von Tibet aus der Zugang nach der chinesischen Provinz Szetschuan und so weiter hinab ins Yangtsetal beherrscht und gesichert werden sollte. Das englisch-russische Tibetabkommen und Chinas reaktivierte Politik in Tibet haben England hier noch nicht recht zum Ziele gelangen lassen; um so eifriger aber ist es bemüht, einstweilen die Provinz Szetschuan — in der es beiläufig an Betätigung deutschen Unternehmungsgeistes durchaus nicht gefehlt hat — zu einer englischen Interessensphäre zu stempeln und ihr dann nach und nach die Provinzen am Mittel- und Unterlaufe des Yangtse anzugliedern.

In neuerer Zeit ist Englands Interessensphärenpolitik mit ihren Abschließungstendenzen dann am klarsten zutage getreten in dem russisch-persischen Abkommen und in der weiteren Handhabung der englischen Politik in Persien. Es ist ja aus den jüngsten Tagen hinlänglich bekannt, in welchem Maße England sich dagegen gewehrt hat, daß die deutschen Interessen in Persien eine Förderung und Ausdehnung erfahren könnten. Das eifrige Streben Englands geht über die Grenzen Persiens hinaus dahin, den Persischen Meerbusen und den Unterlauf des Euphrat und Tigris gleichfalls zur englischen Interessensphäre zu stempeln.

Als seinerzeit England daran ging, sich zum ersten Male mit Rußland über die persische Frage zu verständigen, äußerten mißtrauische deutsche Politiker

das Bedenken, daß Persien für Deutschland ein „zweites Marokko“ werden könne. So ganz unbegründet war das Bedenken nicht, wie sich namentlich später zeigte, als eine deutsche Großbank in die neutrale Zone Mittelpersiens einen Gewährsmann zwecks Erkundung und Förderung der deutschen Interessen entsandte und England ziemlich schroff erklärte, eine Ausbreitung deutscher Interessen in Persien nicht dulden zu wollen.

Sogar schon vor dem russisch-englischen Abkommen hatte England es unwillig aufgenommen, daß die Hamburg-Amerika-Linie den Versuch machte, den direkten deutsch-persischen Warenaustausch durch eine nach dem Persischen Golf gerichtete Schifffahrtslinie zu fördern. Dieser Warenaustausch war schon seit geraumer Zeit durchaus kein geringer; doch gab die amtliche Handelsstatistik davon keine Kunde, weil der ganze Handel durch englische Hände ging. Es war England nicht genehm, die in der Tat bereits vorhandenen deutschen Wirtschaftsinteressen in Persien ihrem ganzen Umfange nach durch das Aufkommen eines direkten deutsch-persischen Handels bekannt werden zu lassen. Noch weniger wollte England späterhin zugeben, daß etwa das deutsche Kapital Persien durch eine Anleihe aus der politischen Verlegenheit helfen würde, da Englands Absicht war, durch Kreditgewährung seinerseits die politische Abhängigkeit Persiens zu verstärken. Auf den Persischen Meerbusen und seine Randländer Arabien und Mesopotamien, geeignete Arbeitsfelder für indische Auswanderer, war Englands Augenmerk schon lange gerichtet, wie zu wiederholten Malen durch englisches Fußfassen an geeigneten Plätzen, gelegentlich auch durch das Verdrängen konkurrierender Franzosen, weiter durch das Aufheizen arabischer Stämme gegen die türkische Herrschaft und endlich durch den Kampf gegen die Fortführung der Bagdadbahn bis zum Persischen Meerbusen hinlänglich bekundet worden ist.

Was Marokko und Persien für uns Deutsche miteinander verbindet, das ist das dem Vorgehen an beiden Stellen gleichmäßig zugrunde liegende politische Prinzip — das von England angenommen und sanktioniert ist —: das Prinzip der Interessensphärenpolitik im Gegensatz zu dem der Politik der offenen Tür. England hat Frankreich zugestanden, daß es Marokko als seine Interessensphäre betrachten darf; es hat mit Rußland zusammen Persien in Interessensphären aufgeteilt. England und seine neuen Verbündeten haben damit — wenigstens bis zu Deutschlands Verständigung mit Rußland in der persischen Frage — zielbewußt eine Politik getrieben, die grundsätzlich der deutschen Politik entgegengesetzt ist und sich in erster Linie auch praktisch gegen Deutschland richtet. Denn wenn die offene Tür durch Befolgung der Interessensphärenpolitik irgendwo zugeschlagen wird — sei es, wo es sei! —, dann ist der am meisten betroffene Wettbewerber doch naturgemäß derjenige, der durch seine ganze wirtschaftliche Expansion von Natur am meisten gezwungen ist, nach freier Betätigung auf dem Weltmarke zu trachten. Der deutsche Grundsatz der offenen Tür und die Interessensphärenpolitik der Triple-Entente stehen einander unveröhnlich gegenüber — ein Mittel Ding gibt es nicht, es sei denn die territorial verschiedene

Politik der Vereinigten Staaten, die mit Deutschland auf der Welt im allgemeinen den Grundsatz der offenen Tür teilen, aber den ganzen amerikanischen Erdteil als eigene Interessensphäre betrachten.

In der Tat gehört die Parallelität der deutschen und amerikanischen Interessen namentlich in Ostasien, wie überall da, wo auf dem Boden selbständiger, aber durch die monopolistischen Gelüste anderer europäischer Staaten in ihrer Selbständigkeit bedrohten Länder die Freiheit des internationalen Wettbewerbes aufrecht zu erhalten ist, zu denjenigen Faktoren, die Deutschland und die Vereinigten Staaten in ihrer Politik einander nähern. Jede derartige Annäherung aber ist vor allen Dingen England höchst unerwünscht, da England in den beiden stammverwandten Völkern seine größten Rivalen sieht, es auch sehr wohl weiß, daß die Vereinigten Staaten am letzten Ende der gefährlicheren Rivale sind, aber eben deshalb seine Politik nicht unmittelbar gegen die Vereinigten Staaten zu richten wagt, sondern alles, was es vielleicht gegen diese unternehmen möchte, zu nur gegen Deutschland gemeinten Schritten umdeuten möchte.

Als vor kurzem das ostasiatische Abkommen zwischen Rußland und Japan bekannt wurde, fühlte man in England sofort sehr deutlich die Gefahr, daß durch die Bedrohung parallel gehender, auf die Erhaltung des freien Wettbewerbes in Ostasien gerichteter Interessen die von dem russisch-japanischen Abkommen sehr nahe berührten Vereinigten Staaten von Nordamerika in engere Fühlung mit der gleichfalls mittelbar betroffenen deutschen Politik gelangen könnten. Es war ein gar zu durchsichtiges Manöver deutschfeindlicher Blätter, daß sie damals sofort irgendein beliebiges Mittel an den Haaren herbeizuziehen suchten, um irgendwo in der Welt zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland Unfrieden zu stiften. Man griff im Übereifer recht plump vorbei, indem man einen Zeitungskrieg wegen des Kaiserbriefes an den Präsidenten von Nicaragua inszenierte. Die Haltlosigkeit des in Rede stehenden Vorfalles war, zumal angeichts der zahlreichen fast gleichlautenden Briefe, die von anderen Staatsoberhäuptern vorlagen, offensichtlich, und es sprach schließlich nur für das gute Gewissen, das die deutsche Politik gegenüber den Vereinigten Staaten haben kann, wenn die eifrigen Spürer nichts anderes fanden als dieses untaugliche Mittel.

Täuschen wir uns nicht! Mitten im Frieden findet zwischen England und Deutschland ein erbitterter Kampf statt — nicht mit militärischen, sondern mit wirtschaftspolitischen Waffen. Es ist der Krieg zwischen dem Grundsatz der offenen Tür und dem Grundsatz der Interessensphären. In diesem Kriege benutzt England seine Verbündeten als Pfortner: der eine schließt Deutschland die offene Tür trotz aller diplomatischen Altten in Marokko, der andere sollte es mit England gemeinsam in Persien tun, bis die Potsdamer Verständigung einen Strich durch die englische Rechnung machte. England spielt ohnehin mit seiner Politik ein gewagtes Spiel: Ein stark wachsendes und wirtschaftlich so

tüchtiges 65-Millionenvolk, wie das deutsche es ist, läßt sich nicht aushungern und in der wirtschaftlichen Expansion, die dem beständigen Wachstum seiner Arbeitskräfte und den großen Fortschritten seiner Technik entspricht, auch nicht künstlich aufhalten. Wollte man den Versuch systematisch fortsetzen, ihm überall auf dem für den internationalen Wettbewerb freien Weltmarkte die Tür zu verschließen — es müßte notgedrungen einmal der Augenblick eintreten, in dem Deutschland trotz aller Friedensliebe gezwungen wird, die verriegelten Pforten des Weltmarktes gewaltsam zu sprengen! Um es nicht zu dieser äußersten Notwendigkeit kommen zu lassen, wird die deutsche Diplomatie alle Mühe haben und es sich mit allen Mitteln angelegen sein lassen müssen, nicht erst systematisch ein Marokko auf das andere in immer längerer Reihe folgen zu lassen, sondern das Prinzip der offenen Tür zum Siege zu führen über das ihm schroff entgegengesetzte Prinzip der Interessensphären. In dieser Beziehung gewinnt der Gedankenaustausch der deutschen und russischen Diplomaten gelegentlich des letzten Zarenbesuches in Potsdam mit den Ergebnissen, über die der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg in der Reichstagsitzung am 8. Dezember 1910 berichtete, eine erfreuliche Bedeutung von hoher grundsätzlicher Wichtigkeit. Die deutsch-russische Verständigung über Persien und die Bagdadbahn durchlöchern einen weit angelegten Plan der Interessensphärenpolitik.

Dem Süden Europas vorgelagert, dehnt sich zwischen Tanger und Teheran ein langer Streifen mohammedanischer Länder, in denen die Politik der europäischen Mächte ausgedehnte Reibungsflächen findet — Länder, in denen die deutschen Interessen dahin gehen, die Selbständigkeit der Marokkaner, der Türken, der Perser und in ihren selbständigen Gebieten die Politik der offenen Tür erhalten und betrieben zu sehen, indessen andere europäische Staaten die Politik der Sondervorteile, der kolonialen Erwerbungen, der politischen Vormachtstellung und der Handels- und Verkehrsmonopole treiben!

Nur vorübergehend hat die damals am Weltmarkt noch relativ wenig interessierte deutsche Politik in jenen Gebieten ihrerseits jene monopolistisch-kolonisatorische Politik anderer Staaten begünstigt, und zwar zu einer Zeit, als Bismarck meinte, einen neuen deutsch-französischen Krieg abwenden zu können, indem er Frankreich nicht nur freie Hand in Nordafrika ließ, sondern den nordafrikanischen Expansionsdrang der Franzosen geradezu als Ventil für ihren überquellenden nationalen Ehrgeiz benutzte. Aber auch diese zeitweilige Begünstigung französischer Kolonialpolitik in den nordafrikanischen Gefilden des Mohammedanismus hatte ihre bestimmten und wohlberechneten Grenzen. Wenn die Angliederung von Tunis an das schon 1830 von Frankreich in Besitz genommene Alger auf deutscher Seite keinen Widerspruch, sondern sogar Ermunterung fand, so waren auch die Nebenwirkungen dieser französischen Expansionspolitik, nämlich die Verärgerung Italiens und der Türkei gegen Frankreich, der deutschen Politik keineswegs unerwünscht; wenn aber Frankreich damals von einem nordafrikanischen Kolonialreich träumte, das im Süden vom Kongo, im Osten vom Nil, im Norden

und Westen aber vom Meere begrenzt würde, so hatte die deutsche Politik, obwohl sie den Ehrgeiz der „großen Nation“ auf solche Zukunftsträume ablenkte, sehr wohl die Sorge dafür im Auge, daß doch schließlich auch in Nordafrika die französischen Bäume nicht in den Himmel wachsen würden.

Marokko bedeutete auf Moltkes weises Anraten von jeher auch für Bismarck ein den Franzosen gesetztes „noli me tangere“; und sollten diese dennoch versuchen, sich die Zähne daran auszubeißen, so sollte deutsche Schulung des marokkanischen Militärs dafür sorgen, daß der ihnen hier bereitete Widerstand ihre Kräfte lähme und die Gefahr ihrer politisch-militärischen Beweglichkeit in Europa entsprechend verringere. An dieser von Bismarck und Moltke vorgezeichneten Politik hätten wir nur mit größerer Konsequenz festhalten sollen, zumal nachdem durch die Tangerreise des Kaisers diese Karten einmal aufgedeckt waren.

Das nächste Hauptstück des oben bezeichneten Länderstreifens bildet in bezug auf internationale Reibungen der breite, Europa und Afrika verbindende Gürtel zwischen dem Nil und dem Kaukasus, der die große Völkerstraße zwischen Europa und dem südlichen Asien nebst Australien und Ozeanien trägt — wohl der interessanteste Schauplatz internationalen Ringens insofern, als er — so recht angemessen unserem Zeitalter des Verkehrs — zeigt, wie weltpolitisches Ringen sich vollzieht unter Anwendung verkehrspolitischer Waffen.

Das ausgeprägteste Interesse an diesem Gebiet nimmt England, weil es in der Beherrschung der Verkehrsstraßen zwischen Europa und Indien eine Lebensfrage für das britische Imperium sieht. Daher die englische Politik am Suezkanal, dessen Bau es anfangs zu hintertreiben trachtete, und den es dann schließlich in englischen Besitz zu bringen gewußt. Je rücksichtsloser aber England hier die nun gewonnene Monopolstellung im Verkehr ausnutzt, die Konkurrenten mit ungebührlich hohen Kanalabgaben belastend, um so mehr richtet sich das Interesse des europäischen Festlandes auf die Gewinnung anderer Verkehrsstraßen in der gleichen Richtung. Überall da, wo diese Politik sich betätigt, sehen wir sofort den entschiedensten britischen Widerstand, der nur schwinden würde, wenn nach dem Beispiel des Suezkanals auch auf jenen anderen Straßen England das Monopol an sich zu reißen vermöchte. Das ist der eigentliche Schlüssel zur Lösung der Rätsel, die der Kampf um die Bagdadbahn und das Vorgehen Englands an der Mündung des Euphrat und Tigris aufgegeben!

Auch hier hat Deutschland bewiesen, daß es für den angestammten Herrn des Landes, die Türkei, die Aufrechterhaltung seiner Selbständigkeit wünscht, und daß es seinerseits kein einseitiges Monopol erstrebt; hat es doch mit größter Bereitwilligkeit dem fremden Kapital die Beteiligung an der Bagdadbahn zugesagt. Demgegenüber hat England den deutlichen Beweis erbracht, daß es für sein Teil wieder um das Monopol ringt, zu dem es auf dem Wege über das Schifffahrtsmonopol in Mesopotamien zu gelangen trachtete.